

E 2001 (D) 3/172

*Le Ministre de Suisse à Budapest<sup>1</sup>  
au Chef de la Division des Affaires étrangères  
du Département politique, P. Bonna*

L

Budapest, 4. Dezember 1944

Unter Bezugnahme auf unser Telegramm Nr. 416<sup>2</sup> und Ihre telegraphische Antwort Nr. 491<sup>3</sup> betreffend die Frage der Kollektivdemonstration der hiesigen diplomatischen Missionen neutraler Staaten zugunsten der ungarischen Juden beehre ich mich, Ihnen der Orientierung halber Kopie eines Memorandums vom 17. November a.c. zuzustellen, welches durch den apostolischen Nuntius Mgr. Angelo Rotta zusammen mit dem schwedischen Gesandten dem Aussenminister überreicht wurde.

Ich habe anlässlich der Konferenz, an welcher unter dem Vorsitz des Nuntius der schwedische Gesandte, der spanische und der portugiesische Geschäftsträger teilnahmen, gestützt auf Ihre Instruktionen erklärt, dass es mir unter den obwaltenden Umständen nicht möglich wäre, eine kollektive Note zu unterzeichnen. Auch gegen die vorgeschlagene Form der Überreichung einer gemeinsamen Verbalnote glaubte ich angesichts ihres offiziellen und verpflichtenden Charakters Stellung nehmen zu müssen. Schliesslich wurde ich dringend

---

1. *La lettre est signée*: i. A. Kilchmann.

2. *Non reproduit*. Cf. aussi E 4800 (A) 1967/111/322 et E 2001 (D) 3/65.

3. *Dans ce télégramme (expédié le 11 novembre à 21 h. 10), le Département politique répondait ainsi*: Sind grundsätzlich nicht Freund von Kollektivschritten, zumal schweizerische Beteiligung an solchen mit der Politik eines ständig neutralen Staats kaum je vereinbar. Verweisen im übrigen auf unser 449 [du 21 octobre, cf. annotation 4 du N° 292] und stellen Euch anheim, zu entscheiden, ob problematische Vorteile einer Unterzeichnung durch Euren ersten Mitarbeiter, die à titre personnel geschähe, etwaige Nachteile aufwöge (E 2001 (D) 3/172).

8 DÉCEMBRE 1944

763

gebeten, wenigstens der Überreichung eines Memorandums zuzustimmen, um einen gemeinschaftlichen Schritt zur Rettung bedrohter Menschenleben nicht unmöglich zu machen. Auf die insistierenden Bitten der anwesenden Missionsvertreter glaubte ich letzten Endes einer solchen schriftlichen Niederlegung der Tatsachen mein Einverständnis nicht versagen zu können, zumal die Konferenz – wenn auch mit Zögern und etwelcher Verstimmung – meinem ausdrücklichen Verlangen entsprach, wonach alle diskriminierenden Vorbehalte und Vorhalte an die Regierung, welche in dem Memorandumentwurf enthalten waren, unbedingt weggelassen würden. (Es handelte sich um die Anbringung heftiger Proteste, Anspielungen auf diplomatische Beziehungen, Verhalten neutraler Vertretungen im Falle russischer Besetzung usw.). Ebenso wurde davon abgesehen, die einzelnen Gesandtschaften und die von ihnen vertretenen Regierungen in diesem Memorandum namentlich aufzuführen, wie dies im Memorandumentwurf wiederholt der Fall war.

Es darf gesagt werden, dass durch diese in abgeschwächter Form erfolgte Demarche das fruchtbare Los der verfolgten Juden und die gegen sie ergriffenen drakonischen Massnahmen in zahlreichen Fällen auf Grund behördlicher Zugeständnisse gemildert werden konnten insbesondere auch was die Deportation und die dabei zutage getretene menschenunwürdige Behandlung anbelangt. Die weitere Entwicklung hat dann allerdings diese anfänglichen Erfolge zum Teil wieder illusorisch gemacht, nicht zuletzt bedingt durch den Umstand, dass die zuständigen ungarischen Behörden und Parteiinstanzen sich veranlasst sahen, gewisse Schutzvorkehrungen nicht oder nur in unzulänglicher Weise zu ergreifen oder solche wieder rückgängig zu machen unter Hinweis auf die noch ausstehende Regelung normaler diplomatischer Beziehungen gewisser neutraler Länder zu Ungarn.